

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Auslieferung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Mittwoch, 31. Jänner 1923.

Nr. 24.

Ein feiner Plan.

Das Parlament steht den tschechischen Machthabern im Wege. Das scheint mit Rücksicht auf seine Entree ungläubig, aber doch ist es so. Wohl ist das Parlament durch die von den Mehrheitsparteien praktizierten Methoden längst zu einer Scheininstitution herabgedrückt worden, wohl verhindern die drakonischen Bestimmungen der Geschäftsordnung die oppositionellen Parteien an jeder Bewegungsfreiheit, machen ihre Gegenwehr gegen noch so arge Gewaltgesetze unmöglich und rauben ihnen die Möglichkeit, auf den Inhalt der Gesetze Einfluß zu nehmen, aber auch der jetzige trostlose Zustand der Demokratie dünkt den Regierenden noch immer ein solches Uebermaß an Freiheit zu bedeuten, daß sie darauf ausgehen, ihn noch mehr zu reduzieren. Wenn es richtig ist, was ein deutsch-bürgerliches Blatt — bisher unwidersprochen — nun schon zum zweitenmale zu melden weiß, dann wird dem Parlament bald der letzte Lebensatem genommen sein.

Was — wie das „Prager Tagblatt“ zu berichten weiß — vorbereitet wird, das soll eine „Vereinfachung des parlamentarischen Betriebes“ sein. Es soll ein aus 24 Mitgliedern bestehender, zu gleichen Teilen vom Abgeordnetenhause und Senat zusammengesetzter Ausschuß gewählt werden, der die hauptsächlichsten Funktionen des Parlamentes übernehmen soll, sodaß den beiden Kammern nichts übrig bleibe, als die formelle Gutheißung der vorgelegenen und vorher durchgearbeiteten Gesetze. Alle größeren, wichtigen und dringlichen Vorlagen sollen vor diesen Ausschuß gelangen, der sie durchzuberaten hat, während in den beiden Kammern nur mehr eine allgemeine Debatte darüber zugelassen werden soll. Wollen die Abgeordneten und Senatoren eine Ergänzung oder Abänderung des Entwurfes herbeiführen, so können sie ihre Abänderungsanträge schriftlich durch das Präsidium der betreffenden Kammer einbringen, im Abgeordnetenhause oder Senate selbst dürfen keinerlei Ergänzungen oder Abänderungsanträge mehr gestellt werden. Im äußersten Falle können sie eventuell noch sprachliche oder Druckfehler richtigstellen, sonst haben die Kammern den Entwurf so wie er durch den Beschluß des Ausschusses ihnen vorgelegt wurde, anzunehmen oder zu verwerfen. Auf dem ersten Blick ist ersichtlich, daß diese „Reform“ nichts anderes bedeuten würde, als die vollständige Ausschaltung des Parlamentes, denn nicht einmal von einer „kontrollierenden“ Tätigkeit könnte dann bei ihm noch gesprochen werden, da es ja auf den Inhalt der Gesetze überhaupt keinen Einfluß mehr hätte und die dort gehaltenen Reden doch wahrlich nicht als Ausübung einer „Kontrolle“ gedeutet werden können.

Das soll nun eine „Vereinfachung“ des parlamentarischen Betriebes darstellen! In der Tat: eine wunderbare Vereinfachung! Der Parlamentarismus würde darnach so „einfach“ sein, daß er überhaupt nicht mehr existieren würde. Er läßt doch an „Einfachheit“ bei uns auch heute nichts mehr zu wünschen übrig: der Präzisionsauschluß bückt die Gesetze und das Parlament muß sie mit Stumpf und Stiel schlucken. Soweit der parlamentarische Mechanismus heute noch „kompliziert“ ist und Schwierigkeiten vorfindet, liegen diese Hemmnisse nicht in ihm, sondern in der Zusammenfassung und in den Streitereien der Koalition. Hierbei sei nicht übersehen, daß das Parlament als Ganzes ein schwerfälliger Apparat ist, und daß naturgemäß jedes Gesetz einer gründlichen Durchberatung in den zuständigen Ausschüssen bedarf, — eine Arbeit, die allerdings infolge der Gewaltmethoden der Mehrheit auch hier verabsäumt wird — aber für diese notwendige Vorberatung und Durcharbeitung der Vorlagen reichen doch die bestehenden Ausschüsse vollständig aus. Es geht eben gar nicht darum, den technischen Betrieb des Parlamentes zu erleichtern, sondern nur um die Durchsetzung der Absicht, das Parlament noch mehr zu entziehen. In keinem Parlamente der Welt ist

Gegen den französischen Imperialismus!

Rede des Abg. Genossen Dr. Czech

in der gestrigen Sitzung des Renausschusses des Abgeordnetenhauses.

Abg. Dr. Czech: Meine Herren! Die Darlegungen des Herrn Außenministers sind außerordentlich unbefriedigend. Sie lassen jede klare Stellungnahme der Regierung zum französisch-deutschen Konflikt vermissen, sie schweben sich über die weiteren Absichten der Regierung in der Ruhrfrage aus und sie geben lediglich eine nackte Darstellung des Sachverhaltes. Sie lassen bestenfalls den Schluß auf das weitere Verhalten der Regierung in der Passivität zu, sie erfüllen uns daher mit größter Besorgnis und gestatten nur

trübe Ausblicke in die Zukunft.

Zu Weihnachten hatte unser Herr Außenminister über die Lage in Europa eigentlich noch verhältnismäßig optimistisch geurteilt. In einem Artikel, den er im „Denk“ veröffentlichte, meinte er, daß zwar die Lage in Deutschland ernst sei, daß wohl finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu gewärtigen seien, daß aber zum Pessimismus keinerlei Anlaß bestehe, daß es auch im Dezember 1921 Nebel und viel Ungewißheit über die Lage gegeben habe, daß wir aber dennoch heute einen weiteren Schritt zur definitiven Konsolidierung Europas gemacht haben. Vierzehn Tage darauf sind die Franzosen und Belgier nach Essen einmarschiert, bald darauf in Dortmund gestanden, und hatten einen 50 Kilometer breiten Streifen rechts des Rheins besetzt. Die Entente war zerrissen und das sogenannte konsolidierte Europa ein großer Brandherd geworden. Auch vorher schon gab es in Europa Konflikte und Zündstoff übergenug. Ich erwähne nur ganz flüchtig das griechisch-türkische Gemischel, die polnisch-russischen und russisch-rumänischen Spannungen, die chronischen italienisch-südslawischen Reizungen, ich vermerke den ungarischen Degenkessel, eingeschneit in die jederzeit marschbereite kleine Entente, ich erwähne den Memelkonflikt und die Tatsache, daß in der Nähe von Suwalki drei polnische Divisionen marschbereit stehen — jede Tatsache für sich allein schon eine schwere Gefahr für den europäischen Frieden. Doch an der Ruhrkatastrophe gemessen, sind das alles im Einzelnen und zusammen nur geringfügigkeiten. Als die ersten französischen Soldaten nach Essen gekommen waren, die ersten Tanks und das erste Fliegergeschwader sichtbar wurden, war es um die Ruhe Europas bereits geschehen,

war Deutschland, war Europa und die zivilisierte Welt ins Herz getroffen. Nun marschiert der Wahnsinn.

Die tschechische Öffentlichkeit

hat vom ersten Augenblick an so getan, als ginge die Tschechoslowakei der ganze Ruhrkonflikt nichts an, sie registrierte die Meldungen, sie stellte allgemeine Betrachtungen an, sie nahm für Frankreich Partei, sie benützte den angenehmen Anlaß, sich an Deutschland tüchtig zu reiben, schließlich zeigte sie sich völlig uninteressiert und nahm das ganze etwa so wie irgend ein Naturschauspiel, wie den Ausbruch des Vesuvs. Sie wollte nicht sehen, daß sich mittlerweile Europa in ein Militärlager verwandelt hat, daß die schwersten kriegerischen Verwicklungen bevorstehen, daß die Weltwirtschaftskrise eine größere Verschärfung erfahren hat, daß aus allen Teilen Europas, auch aus unserem Lande, gesteigerte Arbeitslosigkeit, weit ausgreifende Teuerung und Verelendung gemeldet werde, daß die nationalstiftische Hege immer größere Dimensionen angenommen habe und die Reaktion sich wieder einmal kräftig an die Oberfläche wagt. Sie überließ es völlig, daß sie von Tag zu Tag immer mehr erstarrte und die Errungenschaften der Revolution, die Einrichtungen der Demokratie zu bedrohen begann, und nun an den Lebensnerv Europas griff. Die tschechische offizielle Öffentlichkeit wollte nicht sehen, daß nicht nur die deutsche und französische Kultur bedroht sei, sondern auch die europäische Kultur, daß das Ruhrabenteuer nicht nur dem deutschen und französischen Volk an den Leib geht, sondern auch das wirtschaftliche, politische und soziale Lebensniveau ganz Europas in den Abgrund zu ziehen droht, und daß wir in hohem Grade

durch das Ruhrabenteuer mitbetroffen

sind. Daraus erwächst für uns die Pflicht, die Lage im Ruhrgebiet zu prüfen. Gestatten Sie mir da vor allem festzustellen, daß sich die große Mehrheit des deutschen Volkes vom ersten Augenblick an auf den Standpunkt der Erfüllungspolitik gestellt hat, obwohl die wahren Schuldigen im anderen, im nationalstiftischen, imperialistischen und kapitalistischen Lager stehen. Vom ersten Augenblick an hat die Mehrheit des deutschen Volkes die schwersten Opfer willig auf sich genommen. Sie hat jede Katastrophenspolitik, den Standpunkt

es den Abgeordneten verweigert, auch im Meinungs- und Ergänzungsanträge zu stellen. Der feine Plan, den die Mehrheit ausgeheckt hat, möchte diese Möglichkeit aus der Welt schaffen, möchte den vielen tschechoslowakischen Kuriositäten eine neue hinzufügen, um damit ein für allemal der Notwendigkeit zu entgehen, bei gewissen Anträgen die Abstimmung im vollen Lichte der Öffentlichkeit zu vollziehen.

Die tschechischen Koalitionsparteien haben sich am Parlament, seitdem es besteht, schwer versündigt. Ihr Demokratismus hielt nur solange vor, als sich das tschechische Volk im Kampfe gegen die Vorherrschaft des deutschen Bürgertums und den österreichischen Zentralismus befand. Seitdem diese Vorherrschaft das tschechische Bürgertum unter wertvoller Mithilfe der tschechischen Sozialdemokraten ausübt, haben die Koalitionsparteien die Demokratie immer mehr zur leeren Form gemacht, haben alle Laster des österreichischen Regierungsabsolutismus übernommen und üben sie noch zehnfach bedenkenloser aus, als dies ihre österreichischen Vorbilder zu tun vermochten. Ihre eigene Sorge läuft auf die Beschäftigung ihrer teuren Bundesbrüderschaft aus, die sie, da sie auf schwachen Füßen steht, vor allen Stürmen bewahren müssen. Die tschechischen Sozialdemokraten haben in der Koalition recht unangenehme Bettgenossen, denen es gar nicht einfällt, ihre reaktionären Bestinteressen zum Wohle der Koalition aufzugeben, und da diese so gar nicht bereit sind, ihre Selbstsucht auf dem Altare der allnationalen Einigkeit zu opfern, so opfern eben die tschechischen Sozialdemokraten ihre sozialistischen Grundsätze, um

der Reparationsverweigerung mit Entschiedenheit zurückgewiesen und sich auf den Boden der Wiedergutmachung der Schäden gestellt, soweit eben die Möglichkeit besteht und dies mit der deutschen Kultur, dem Volkswohl und der Produktionsentwicklung in Deutschland vereinbar sei. Vor allem aber war es die sozialistische Arbeiterkraft Deutschlands, die sich von der ersten Stunde an auf diesen Standpunkt gestellt hat, ihn mit aller Wucht und Energie vertrat, für ihn die Verantwortung übernommen und ihm auch schließlich zum Durchbruch verholfen hat. Das übertrifft die tschechische offizielle Öffentlichkeit völlig. Die tschechische Presse hat sich im Gegenteil auf den Standpunkt gestellt, daß Deutschland die Vertragsverletzung ablehne, und ein tschechisches Koalitionsblatt erzählt — ich zitiere wörtlich — daß die Okkupation des Ruhrgebietes nur ein „Mittel der Verzweiflung Frankreichs“ gewesen sei, da alle bisherigen maßvollen Mittel, von Deutschland zumindest ein Minimum der Verpflichtungen eingelöst zu erhalten, verfehlt haben. Diese Aufsehung enthält eine große Unwahrheit, wie es überhaupt unerhört ist, in welcher gebäufiger Weise gegen Deutschland gehet, gegen Deutschland mit Unwahrheiten operiert, andererseits aber für Frankreich Partei genommen wird.

Nun sei mir gestattet,

einige Feststellungen

gegenüber den Ziffern zu machen, die der Herr Außenminister uns in seiner Darstellung gegeben hat. Deutschland hat in der Zeit vom 11. November 1918 bis zum 31. Dezember 1922 an Reparationsleistungen 6,9 Milliarden Goldmark geleistet. Es hat im Jahre 1922 an Reparationsleistungen 1,6 Milliarden Goldmark und außerdem 50 Milliarden Papiermark geliefert. Die ganzen Lieferungsrückstände Deutschlands in Rohle betragen nur zwei Millionen Tonnen, in Holz, alles in allem 20.000 Kubikmeter, an Telegraphenstangen 135.000. Der Gesamtwert der Minderleistungen beziffert sich auf 24 Millionen Goldmark, was gegenüber den gesamten Sachleistungen nur ein Lieferungsrückstand von 15 Prozent bedeutet. Der Entente ist allerdings von all den Leistungen nicht viel geblieben, denn die Besetzung des Rheinlandes allein verurteilte nach den Feststellungen eines französischen Parlamentariers in der letzten Kammerdebatte einen Jahresaufwand von 1,2 Milliarden Goldfranken und sie verurteilte bis Ende 1922 Kosten von 4,5 Milliarden Goldfranken, sodaß von den Reparationsleistungen Deutschlands — in runden Ziffern gesprochen — von sieben Milliarden Goldmark nur nahezu zweieinhalb Milliarden übriggeblieben sind und diese zweieinhalb Milliarden wurden von den Militärbudgets Frankreichs und Belgiens verschlungen. Der Herr Außenminister hat auf

die Lage Frankreichs

hingewiesen und mit ein paar Worten auf das trostlose französische Budget verwiesen. Es ist richtig, daß das französische Budget im letzten Jahre einen Abgang von 25 Milliarden Goldfranken zeigte, doch trägt die Schuld an diesem Defizit vor allem der Imperialismus der französischen Machthaber und der ungeheure Aufwand Frankreichs für den Militarismus. Bezüglich der Lieferungsrückstände Deutschlands möchte ich dabei noch in aller Kürze feststellen, daß sie durch die verzweifelte Lage der Holz- und Kohlenwirtschaft Deutschlands, durch den Verlust wichtiger Gebiete — Ostschlesien und die Rheinlande — und durch den Zusammenbruch der deutschen Mark und der Volkswirtschaft Deutschlands herbeigeführt wurde. Die finanzielle Deroute Frankreichs gebe ich zu, ich verweise aber darauf, daß die deutschen Sozialdemokraten von allem Anfang an auf dem Standpunkt des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete gestanden sind. Nach dem Gesagten kann also der Ruhrmarsch nach der moralischen Seite nicht standhalten. — Auch

vom rechtlichen Standpunkt

erweist sich der Einmarsch als ein Rechtsbruch. Nach dem Sonderabkommen vom 31. März 1921 war Deutschland berechtigt, seinem Lieferungspartner im Falle des Lieferungsverzuges Barzahlungen statt der Sachleistungen zu geben. Nach dem § 18 der Beilage 2 VIII. Teil des Friedensvertrages stand das Recht zu Zwangsmahnahmen

